

Nordrhein-Westfalen vor der Wahl

Jürgen Rüttgers (CDU) oder Hannelore Kraft (SPD), wer von beiden wird ab Sommer das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland als Regierungschef führen? Beide Spitzenkandidaten liegen in den aktuellen Umfragen fast ebenso gleichauf wie ihre Parteien. Nahezu jeder Wahlausgang ist noch möglich. Für Deutschland handelt es sich, ähnlich wie bei der letzten NRW-Wahl (deren Wahlergebnis dann ja bekanntlich Neuwahlen für den Deutschen Bundestag ausgelöst hatte), um eine richtungsgebende Entscheidung. Kurz gesagt: die Bundesregierung kann in wichtigen Feldern wie beispielsweise der Wirtschafts-, Umwelt-, Gesundheits- oder Innenpolitik ihre Vorhaben nur umsetzen, wenn „Nordrhein-Westfalen nicht verloren geht“.

1. Die Bedeutung der Wahl

Die Wahl in NRW wird sich erheblich auf die zukünftige Zusammensetzung der Stimmenverhältnisse im Bundesrat, der Länderkammer der Bundespolitik, auswirken. Die schwarz-gelbe Bundesregierung kann derzeit auf 37 der 69 Stimmen im Bundesrat zählen. Das sind zwei Stimmen mehr als die absolute Mehrheit. Sollte die Regierungszusammenstellung in NRW wechseln und die sechs Stimmen des Landes politisch anders verteilt werden, kann die Bundesregierung im Bundesrat nicht mehr auf eine Mehrheit bei bundespolitischen Gesetzesbeschlüssen zählen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die anstehenden großen Gesetzesvorhaben (Steuerreform, Gesundheitssystemnovellierung, etc.).

Zudem wird die NRW-Wahl als Stimmungsbarometer für das Ansehen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung angesehen. Hat man seine Sache bislang gut gemacht, oder droht eine „Abmahnung“? (Siehe hierzu den Kommentar: „Schicksalsjahre einer Kanzlerin“)

Letzteres Szenario ist gegenwärtig in NRW zu beobachten und schlägt sich in den Ergebnissen der Wahlprognosen nieder, bei der weder die amtierende Koalition aus CDU und FDP noch SPD und Grüne eine klare Regierungsmehrheit finden. Die letzte

repräsentative Umfrage vom 24. April 2010 des Forschungsinstituts Emnid (Auftraggeber Focus) ergab für die CDU 38%, SPD 34%, Grüne 11%, FDP 8% und Linkspartei 6% der Wählerstimmen.

Diese Werte deuten auf zwei Entwicklungen hin. Sollten sich die Prognosen in ungefährem Maße bestätigen, müssten die Parteien auch in NRW eine Koalition finden, die über die präferierten Parteikooperationen hinausgeht. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass Schwarz-Grün (Hamburg), Große Koalition (Sachsen-Anhalt, Thüringen), die so genannte „Jamaika-Koalition“ (Saarland), oder auch Rot-Rot (Berlin, Brandenburg) beziehungsweise Rot -Grün-Rot Möglichkeiten zur Regierungsbildung in NRW sein könnten. Dabei spielt es eine zentrale Rolle, ob die Linkspartei, wie die Prognosen andeuten, in den NRW-Landtag einzieht. Damit könnte die LINKE in ihrer Etablierung als feste Größe in der westdeutschen Parteienlandschaft einen markanten Schritt weiterkommen. (Siehe hierzu den Kommentar: „Koalitions-Lotterie der Zukunft“)

Man kann also sagen, dass sich bei einem Regierungswechsel in Düsseldorf der Politikstil der Regierenden in Berlin verändern muss, wenn sie weiterhin ihre Ziele erreichen wollen.

In den neuen Landtag in NRW werden viele neue Gesichter einziehen. Dies ist deshalb besonders interessant, weil sich traditionell eine Vielzahl der späteren politischen Meinungsmacher in Berlin aus dem Düsseldorfer Landtag rekrutiert. Beispiele sind Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die GRÜNEN) oder FDP-Shootingstar Christian Lindner.. Ein genaues Hinsehen, wer in den kommenden fünf Jahren „politische Spitze“ wird, lohnt sich also – ebenso wie die frühzeitige Kontaktaufnahme zu den neuen politischen Entscheidungsträgern.

2. Die Wahlkampfthemen

Die Bedeutung der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für die Machtverhältnisse im Bundesrat spiegelt sich auch in den Wahlkampfthemen wider. So spielen neben **Bildung** und **Arbeits- und Sozialpolitik** auch die aktuellen **bundespolitischen Vorhaben** der schwarz-gelb geführten Bundesregierung eine Rolle. Dazu zählen vor allem

- die sogenannte „Kopfpauschale“, ein gehaltsunabhängiger Krankenkassenbeitrag
- der Streit um die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke
- die von der FDP und CSU favorisierten Steuersenkungspläne

Auffällig ist, dass beide großen Parteien die kommende Wahl als **Richtungsent-scheidung für Deutschland** propagieren. Auf Seiten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lautet die Devise, mit einem Wahlerfolg im Land mithilfe der Stimmen im Bundesrat die Pläne der Bundesregierung zu verhindern. CDU und FDP appellieren im Wahlkampf verstärkt an die Ängste vor einem möglichen Regierungsbündnis, in dem die Partei Die Linke vertreten ist. Viele Wahlplakate suggerieren nicht weniger als, den Untergang des ´Abendlandes´ im Falle einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei. Diese ist mit Blick auf ihr extremes Wahlprogramm, das unter anderem die Verstaatlichung großer Energiekonzerne vorsieht, an der Kritik nicht ganz unschuldig.

Zentrale Bedeutung im Wahlkampf nimmt das Thema **Bildung** ein. Die SPD fordert die Gemeinschaftsschule und ein **längeres gemeinsames Lernen aller Kinder** bis zur 6. Klasse. Demnach sollen die Schulträger entscheiden, ob getrennte Haupt-, Realschul- und Gymnasialklassen eingerichtet werden. Zudem möchte die SPD die Wahlfreiheit zwischen einem Abitur nach 12 oder 13 Jahren sowie die **kostenlose Ausbildung** von der Kindertagesstätte (Kita) bis zur Universität. Letzteres fordert auch Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU hingegen möchte am dreigliedrigen Schulsystem weiterhin festhalten, aber gezielt die Situation an den Schulen verbessern. Zugleich hat Ministerpräsident Rüttgers einen neuen Pakt zwischen Wirtschaft und

Staat zur **Verbesserung des Übergangs von der Schule ins Berufsleben** angekündigt.

Die Debatte wird kontrovers und teilweise sehr emotional geführt – so klebt die CDU Aufkleber an Schulen mit der Aufschrift: „Bei einem Wahlerfolg der SPD wird diese Schule geschlossen“. Festzuhalten bleibt, dass ihr Ausgang nachhaltige Auswirkungen auf das deutsche Bildungssystem haben wird. Allein deshalb ist für die deutschen Wirtschaftsunternehmen ein genaues Hinsehen wichtig.

Traditionell spielt in NRW das Thema **soziale Gerechtigkeit** eine besondere Rolle. Die SPD, die einen **flächendeckenden tariflichen Mindestlohn** fordert, möchte sich als sozialen Gegenpol zur schwarz-gelben „Politik der Kälte“ positionieren. Als Reaktion auf diese Vorwürfe sah sich Jürgen Rüttgers seinerseits genötigt, sich vom ursprünglichen gemeinsamen Regierungsmotto mit der FDP, „Privat vor Staat“ zu distanzieren.

Im Bereich der **Wirtschaftspolitik** unterscheiden sich beide großen Parteien nicht sonderlich und kündigen die Stärkung der industriepolitischen Ausrichtung Nordrhein-Westfalens an. Explizites Ziel der CDU ist dabei, **Europas umweltfreundlichstes Industrieland** zu werden. CDU und SPD bekennen sich beide zum Bau neuer Kohlekraftwerke.

Eine rot-grüne Regierung plant **die Einrichtung eines „Klimakabinetts“ zur Bündelung aller Aufgaben und Projekte zur CO₂-Ausstoßverminderung**.

Im Kontext der Wahl erwähnenswert ist auch die sogenannte „**Sponsoring-Affäre**“ um Jürgen Rüttgers, die bereits zur Entlassung des CDU-Generalsekretärs geführt hat. Der CDU wird vorgeworfen, exklusive Gespräche mit dem Ministerpräsidenten an zahlungswillige Kunden verkauft zu haben. Rüttgers selbst steht im Verdacht, von dieser Praxis gewusst zu haben.

Fazit: Wem die Wähler am 9. Mai ihr Vertrauen aussprechen, der wird auch auf Bundesebene bei zentralen Sachverhalten mitreden und Entscheidungen maßgeblich mitbestimmen können – mit nachhaltigen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft. Man darf gespannt sein, wer das Rennen macht.

3. Sachanhang

Der NRW-Landtag besteht aus mindestens 181 Abgeordneten. Diese Zahl setzt sich folgendermaßen zusammen: In den 128 Wahlkreisen werden die Kandidaten gewählt, die direkt in den Landtag einziehen.

Landesreservelisten

Neben den direkt gewählten 128 Abgeordneten ziehen mindestens weitere 53 über die Landesreservelisten der Parteien in den Landtag ein. Wie viele Kandidaten einer Partei über die Landesliste ins Parlament gelangen, hängt vom Ergebnis der Zweitstimmen ab, die die Partei bei der Landtagswahl erreicht. Nach dem Wahlergebnis wird errechnet, wie viele Parlamentssitze einer Partei zustehen.

Überhang- und Ausgleichsmandate

Wenn eine Partei in den Wahlkreisen mehr Direktmandate erringt, als ihr laut Wahlergebnis Parlamentssitze zustehen, spricht man von Überhangmandaten. Die direkt gewählten Abgeordneten haben in jedem Fall einen festen Sitz im neuen Landtag. Den anderen Parteien stehen dann Ausgleichsmandate zu. Je mehr Überhangmandate es gibt, desto größer wird das Parlament.

Von der 14. in die 15. Wahlperiode

In dieser 14. Wahlperiode, die noch bis zum 9. Juni 2010 dauert, besteht der Landtag aus 187 Abgeordneten. Dabei entfallen 89 auf die CDU, 74 auf die SPD, zwölf auf die FDP und elf auf die Grünen. Zudem ist ein fraktionsloser Abgeordneter im Landtag vertreten.

Die Bürgerinnen und Bürger wählen zwar am 9. Mai ein neues Parlament, dieses tritt aber erst einen Monat später, am 9. Juni, zusammen. Man spricht von der konstituierenden Sitzung. Bis dahin dauert die jetzige Wahlperiode noch an. Auch die gewählten Abgeordneten, die derzeit im Parlament vertreten sind, haben bis dahin ihre Funktion. Mit der konstituierenden Sitzung wird der alte durch den neuen Landtag abgelöst. In der darauffolgenden Sitzung des neuen Parlaments soll der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin gewählt werden.

Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen

Erster Ministerpräsident war der parteilose und von der britischen Besatzungsmacht bestimmte Rudolf Amelunxen. Ab der 1. Wahlperiode, die von 1947 bis 1950 dauerte, gab es bisher acht verschiedene, vom Parlament gewählte Ministerpräsidenten, drei von der CDU und fünf von der SPD.

Von 1947 bis 1956 regiert Karl Arnold (CDU), der zur Hälfte der 3. Wahlperiode von Fritz Steinhoff (SPD) abgelöst wird. Ab 1958 ist Franz Meyers (CDU) Regierungschef. Auf ihn folgt 1966 Heinz Kühn (SPD) als Ministerpräsident, bis 1978 Johannes Rau (SPD) sein Nachfolger wird und es bis zum Jahr 1998 bleibt. Es folgen Wolfgang Clement und Peer Steinbrück (beide SPD) für viereinhalb beziehungsweise zweieinhalb Jahre. Seit 2005 ist Jürgen Rüttgers (CDU) der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.